

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.80 Beleghe, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelieferung 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 4 le laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 29.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Dienstag, den 4. Februar 1930.

12. Jahrgang.

Herr, mein Gott, laß offene Erde
Meiner Seele Tiefe sein!
Gib, daß sie bereitet werde
Und zerbrich den harten Stein.
Laß im Leid mich stille halten
Von den Zweifeln unberührt,
Wenn dein weises Liebeswalten
Mich durch Trübsalnächte führt.

Martin Ulbrich.

Politik und Charakter.

Kann eine Nation krank so sehr an der Ueberschätzung staatspolitischer Neuferlichkeiten wie die deutsche. Während eine endlose Reihe von internationalen Konferenzen den Lebensraum und die Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes immer grausamer zusammenschnürt, streitet man sich im Innern des Reiches in leidenschaftlicher Weise um Farben und Formen und sonstigen Klein-Kram, den ein politischer Dilettantismus sondergleichen zu einer Wichtigkeit aufzubauschen verstanden hat, als ob von diesen Nebenächlichkeiten die Existenz des Deutschen Reiches abhinge.

Ein Staat aber lebt nicht von Neuferlichkeiten. Er stirbt höchstens daran. Von allein entscheidender Bedeutung für die Existenz und Fortentwicklung eines Staates ist lediglich der Charakter des Volkes, aus dem sich der Staat zusammensetzt.

Das deutsche Volk ist von jeher — und nicht mit Unrecht — stolz auf seinen Charakter gewesen. Die jähre Katastrophe von 1918 aber hat die deutsche Seele bis in ihre tiefsten Tiefen erschüttert und aus dem Gleichgewicht gebracht. Nur so ist es erklärlich, daß wir nicht nur in innenpolitischen, sondern vor allem auch in außenpolitischen Beziehung von Mißerfolg zu Mißerfolg gewankt sind und uns auch bei den Haager Verhandlungen wieder von einer „endgültigen Liquidierung des Krieges“ betören ließen, die im Grunde nichts anderes als die Europa-Diktatur Frankreichs und den Sieg der internationalen Finanz bedeutet. „Ein Volk kann viel verlieren und manche Katastrophe erleben, aber sich dennoch wieder aufrichten. Verliert es aber seine Seele, so hat es alles verloren und erholt sich nicht wieder.“ Diese Worte des französischen Soziologen Gustave Le Bon haben uns Deutschen von heute ungemein viel zu sagen. Wäre das deutsche Volk an seiner Seele, an seinem Charakter nicht krank geworden, dann wären ihm zuwenigstens die niederschmetternden Urteile erspart geblieben, wie sie sich in Unbetracht unserer offiziellen und vom Volke geduldeten Nachkriegspolitik jenseits unserer Grenzpfähle herausgebildet haben. So schreibt — um nur ein einziges Beispiel herauszugreifen — die linksgerichtete französische „Volonté“: „Auch Stresemann war nicht weniger als die anderen von Briand geleitet, bekehrt und beherrscht. Wenn Clemenceau Deutschland materiell entwarf, so hat Briand Deutschland moralisch entwarf. . . . Dafür müssen wir Briand mehr als für alles andere dankbar sein!“ Mehr als für alles andere! — Dieser besondere Dank Frankreichs an Briand ist leider allzu begründet. All unser Proben auf die Glanzzeiten neudeutscher Technik ist Illusion, wenn im übrigen die Moral, die Seele, der Charakter des deutschen Volkes in Scherben liegt. Wie haben sich die alten Römer auf einer so glänzenden Höhe ihrer Intelligenz befunden als in den Tagen ihres Untergangs. Nicht von der Intelligenz, nicht vom Verstande hängt das Schicksal eines Volkes ab, sondern allein von seinem Charakter und von dem Stande seiner Sittlichkeit. Die Errungenschaften des Verstandes lassen sich — wie die neuzeitlichen Erfindungen mehr als zur Genüge beweisen — leicht von Volk auf Volk übertragen — niemals aber der Charakter eines Volkes! Die Intelligenz ist käuflich wie jedes andere Kulturgut käuflich ist — nur der Charakter läßt sich nicht in Dollars, Pfunde oder Goldmark umsetzen.

Von welcher entscheidender Bedeutung der Charakter für die Gestaltung der Völker und Staaten ist, zeigt in sinnfälliger Weise Amerika. Nordamerika — erobert von einem Volke, das mit unbändiger Tatkraft, mit starkwilliger Initiative, mit hohem Pflichtgefühl, tiefer religiöser Ueberzeugung und nüchternen Selbstbeherrschung ausgestattet ist — hat sich in kürzester Frist zu dem blühendsten und mächtigsten Bezirk des Erdballs entwickelt. Südamerika hingegen — erobert von einem Volke, das zwar an Intelligenz dem angelsächsischen Volke zumindest nicht nachsteht, aber keine hochwertigen Charaktereigenschaften besitzt — ist zu einem Brandherd politischer Leidenschaften und zu einem Spielball fremder Interessen geworden. Und dies, obwohl Südamerika eines der reichhaltigsten Gebiete der Erde ist und obwohl sich die

Staaten Südamerikas auch in verfassungsrechtlicher Beziehung in keiner Weise von Nordamerika unterscheiden.

Es ist also in allererster Linie der Charakter, der über Sein oder Nichtsein eines Volkes entscheidet. Kein Wunder, daß die Mächte, die nach internationaler Herrschaft streben, die Intelligenz der ihnen unbequemen Völker ganz ungestört Triumphe auf Triumphe feiern lassen, während sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln (Presse, Theater, Rundfunk usw.) an der moralischen Vernichtung dieser Völker arbeiten. Die letzten Jahrzehnte deutscher Geschichte sind ein höchst lehrreiches und überaus schmerzliches Beweisstück dafür. „Die Intelligenz“, schreibt einmal der große französische Psychologe Théodule Ribot, „ist nur eine untergeordnete Form der geistigen Entwicklung. Der Grundtypus ist der Charakter. Wenn die Intelligenz zu sehr entwickelt ist, ist sie sogar imstande, den Charakter zu zerstören.“

Das Charakterbild des neuen Deutschland ist kein erfreuliches. Die unerwartete Katastrophe von 1918 vermag vieles zu entschuldigen, aber nicht alles. Wir warten auf die deutschen Staatsmänner, die unserem führerlosen Volke mit eisernem Tatwillen, mit Zielentschlossenheit, Gottesfurcht und Selbstbeherrschung leuchtend vorangehen. Nur diese Eigenschaften vermögen das deutsche Volk über die Kriege der Gegenwart hinweg einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Das neue Thüringen.

Die „Aera der Sparsamkeit“ hat in Thüringen nach den Neuwahlen mit einem Kabinett begonnen, das aus 3 Ministern und 5 Staatsräten besteht, im Ganzen also 8 Mitglieder umfaßt. Die Denkschrift des Sparkommissars hatte einen einzigen Minister für das ganze Land vorgesehen, was vom rein praktischen Standpunkt aus auch völlig genügt. Aber den Anfang zur Sparsamkeit machen auch die jetzigen drei Minister schon dadurch, daß sie nach dem neuen Ministerbesoldungsgesetz bezahlt, d. h. jährlich alle drei zusammen nur noch soviel an Gehalt beziehen, wie in Preußen ein einziger Minister bezieht. Thüringen hat von jetzt an die billigsten Minister im ganzen Deutschen Reich.

Gemäß der Thür. Landesordnung muß im Thüringer Kabinett eine Anzahl Staatsräte sitzen, die die einzelnen Länder vertreten, wie sie vor 1918 noch für sich bestanden. Die Befetzung dieser Posten bot Gelegenheit, aus allen bürgerlichen Parteien, die ja nunmehr die Regierung (mit Ausnahme der Demokraten) bilden, einen Vertreter zu entnehmen, weil die paar Ministerposten nur an die Hauptparteien fallen konnten. Aber das Ministerdreigestirn erregte doch am meisten die Gemüter. Während die Christlich-nationale Landvolkspartei das schwere Amt des Finanzministers übernahm und die Wirtschaftspartei das Wirtschafts- und Finanzministerium in einer Person leitete, ist der dritte im Bunde der so viel genannte Nationalsozialist Dr. Frick, der ebenfalls zwei Ministerien, das des Innern und das für Volksbildung, führt. Die Tatsache, daß nunmehr zum ersten Mal die Nationalsozialisten aktiv in eine Regierung eingetreten sind und zugleich einen Minister stellen, ist bereits genügend von allen Seiten hervorgehoben worden. Aber weit bemerkenswerter ist das andere: nämlich der Umstand, daß eben dieser Nationalsozialist ausgerechnet zwei Ministerien erhält, die sich auf die stärkste mit der kulturellen Höherführung des Volkes zu befassen haben. Dieses Moment verdient außerordentliche Beachtung. Auf keinem anderen Posten muß eine Partei so Farbe bekennen über gewisse, sehr wichtige Dinge, wie auf diesem. Die Nationalsozialistische Partei oder wenigstens ihr Vertreter muß sich innerlich enthüllen, es muß sich z. B. herausstellen, ob man nun eine christliche Kultur des Volkes anstrebt oder etwas anderes, was bisher noch nicht recht definierbar war bei dieser Partei. Und in gleichem Maße werden sich die „Methoden“ der Nationalsozialisten entweder auf ein brauchbares Normmaß umstellen müssen oder sich als untauglich erweisen. Man kann unter der Voraussetzung, daß bei dem Experiment nichts Wertvolles an Volksgut zertrümmert oder vergiftet wird, in gewissem Sinne also mit Interesse abwarten, ob die Nationalsozialisten zu Recht oder zu Unrecht in die Regierung hineinkommen sind. Die sächsischen Nationalsozialistische Partei, die ja auch seit den letzten Wahlen die bürgerliche Regierung unterstützt, wenngleich sie nicht im Kabinett vertreten ist, ist bis jetzt in ihren „Regierungshandlungen“ um mindestens 50 Prozent „sanfter“ geworden, als sie das vorher in ihren Programmen und Rundgebungen zur Schau trug.

Der Marxismus in Thüringen hat durch diese rein bürgerliche Regierung, die — ohne Demokraten — eine

festen Mehrheit von 28 Stimmen gegen 25 aufbringt, den härtesten Schlag im ganzen letzten Jahrzehnt erlitten. Das rote Regiment ist zu Ende, und es wird nie mehr wiederkehren, wenn die neuen Parteien nur einigermaßen ihre Aufgaben richtig sehen und erfüllen. Gerade die Abneigung gegen links ist ja letzten Endes das Entscheidende gewesen, das die Nationalsozialisten bestimmte, mit den Bürgerlichen zusammenzugehen. Diese Abneigung hat den Trennungstich, den die Nationalsozialisten unbedingt auch nach rechts ziehen wollen, verdunkelt. „Bereinigung von der politischen Pest des Marxismus“ lautet das nationalsozialistische Wort, das sie jetzt allem voranstellen, um ihr Vorgehen in den Augen der Wähler zu rechtfertigen. „Wir sind stolz darauf, daß unsere Fraktion von der Sozialdemokratie gehakt wird, denn eine Anerkennung wäre eine Schande!“ so lautet ein anderes pathetisches Schlagwort. Die gleichen Gedankengänge spielen auch in Sachsen die ausschlaggebende Rolle.

Aus diesem leider überlauten „Predigen des Hasses“ hat sich auf der anderen Seite bereits eine arge Gegenpolemik entwickelt. Aus der nun unabänderlichen Tatsache einer bürgerlichen Regierung und aus dem sogenannten Zwischenfall, der darin bestand, daß die neue Regierung die schwarzrotgoldene Reichsflagge und die siebensternige Thüringer Flagge vom Landtagsgebäude heruntergeholt hat, konstruiert die Linke die Behauptung, der Thüringer Landtag sei in seiner Mehrheit bereit, der Reichsrepublik den Kampf des Landes Thüringen anzufügen. „Abgabe Thüringens an die Reichsrepublik“ heißt hier das neue Schlagwort, das man der Landesregierung in den Mund legt. Und die Sozialdemokratie hat sich bereits nach Berlin um Hilfe gewandt. Mit anderen Worten: sie ruft das sozialdemokratische Element des Reiches gegen die sogenannte nationale Regierung Thüringens um Hilfe an.

Man muß die Tiefe der Tragik kennen, in der sich die Thüringer Marxisten befinden. Die Sozialdemokratie propagierte vor den Wahlen — wenn auch mit mancherlei Umschreibungen, so doch im Wesentlichen — mit Nachdruck den Anschluß an Preußen. Warum? Aus der wahren Erkenntnis heraus, daß dieser Anschluß in jeder Beziehung nützlich für das Land sei? Nein! In erster Linie deshalb, um den Anschluß an ihre große und einflussreiche Bruderpartei in Preußen zu erlangen und dann im Verein mit dieser um so besser dem Marxismus dienen zu können. Jeder halbwegs Unvoreingenommene weiß hier in Mitteldeutschland, daß ein Land wie Thüringen weder seiner wirtschaftlichen Struktur noch seiner kulturellen Tradition und geschichtlichen Sendung nach in Preußen aufgehen darf. Da sämtliche bürgerliche Parteien Thüringens — ausgenommen wiederum die Demokraten, die ja ähnliche Ziele verfolgen wie die Sozialdemokraten — gegen den Anschluß an Preußen waren und diesen Gedanken nun auch weiter verfolgen und vertreten werden, so ist das Fiasko der Linken doppelt groß.

Eine klare nationale Linie will allerdings die neue Regierung unter allen Umständen einhalten. Vorausgesetzt, daß sie das Wort national auch immer richtig versteht, ist diese Linie nach dem Durchscheiden der vergangenen Jahre zu begrüßen. Die beiden Zwischenspieler, die in den letzten Jahren immer noch zwischen rechts und links standen und das Jünglein an der Waage bildeten — die Aufwertungs- und die Demokraten — sind nunmehr vollends ausgeschaltet. Die Aufwerter sind ganz aus dem Landtag verschwunden und die Demokraten sind mit ihrem einen Abgeordneten zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Die letzteren stehen mit Links in Opposition zur Regierung. Aus der Reihe der Nationalsozialisten, die ja nun den Ausschlag für die Regierung gaben, ist auch endlich der bekannte antisemitische Schriftsteller Dr. Dinter, der jahrelang die Einigkeit in der Partei zerstückte, verschwunden.

Eine der wichtigsten Parolen der neuen Regierung ist die Erhaltung der Selbstständigkeit Thüringens. Dabei soll allerdings eine Neugliederung des Landes vorgenommen werden, so daß ein geographisch einheitlicheres Gebilde herauskommt. Jedoch es ist damit zu rechnen, daß die schon früher geplanten großen Verwaltungsgemeinschaften, sei es mit dem Freistaat Sachsen oder mit der Provinz Sachsen, unbedingt zustande kommen. Die ganze Frage: Selbstständigkeit Thüringens oder Anschluß an ein Nachbarland? steht und fällt natürlich mit der anderen Frage, ob es möglich ist, die durch und durch zerrütteten Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Bekanntlich hat der für Thüringen ernannte Sparkommissar bereits ein großzügiges Programm entworfen und vorgelegt. Es ist höchste Zeit, es durchzuführen. Wie groß die Not ist, geht vielleicht am besten aus der Tatsache hervor, daß die Thüringer Landwirtschaft allein mit 315 Millionen Mark belastet ist. Das Gutachten des Sparkommissars geht in

alle Einzelheiten. Es fordert z. B. die Schließung fast sämtlicher Theater Thüringens, weil diese mit hohen Steuergeldern unterhalten werden, es fordert den radikalen Abbau des ins Unvernünftige sich steigenden höheren Schulwesens, das wiederum nur deshalb möglich ist, weil die öffentlichen Gelder in unverantwortlicher Weise dafür in Anspruch genommen werden. Es fordert, wie schon oben angedeutet, die Föhrung sämtlicher Ministergeschäfte durch nur einen einzigen Minister, weil dieser in der Tat genügen würde. Die Zusammenlegung von Landtagskreisen, von Land- und Amtsgerichten, die Befreiung von allen möglichen überflüssigen Behörden spielt außerdem in dem Gutachten eine große Rolle. Daß bereits eine Flut von Protesten aus allen Gegenden des Landes gegen solche Sparmaßnahmen einläuft, ist verständlich. Niemand will Opfer bringen, jeder schützt das Allgemeinwohl für persönliche oder lokalpatriotische Interessen vor. Schon sehr bald werden heftige Kämpfe entstehen. Wie jetzt bekannt wird, will die Regierung, was ihre eigene Existenz anbelangt, zunächst eine Aenderung der Verfassung durchföhren in der Richtung, daß die Bindung der Staatsräte an die ehemaligen Gebiete in Begfall kommt und in Thüringen nach dem Beispiel Sachsens der Gedanke der Ministerpräsidentenschaft verankert wird. Daß die neue Regierungskoalition gewillt ist, unter keinen Umständen irgendwelche marxistischen Einflüsse zu dulden, das hat sie gleich in der 1. Landtags-sitzung bewiesen. Sie wählte einen bürgerlichen Landtagspräsidenten, trotzdem die Sozialdemokratie als stärkste Fraktion auf diesen Posten Anspruch erhob. Man hatte offenbar von Sachsen gelernt, wo ja der sozialistische Landtagspräsident bei der Abstimmung über den 9. November als Feiertag den bürgerlichen Regierungsparteien dadurch ein rechtzeitiges Endergebnis unmöglich machte, daß er einfach die Landtags-sitzungen aufhob, eigenmächtig neue Tagesordnungen festsetzte und dadurch den Willen seiner Partei durchführte.

Politisch gesehen bietet das Land Thüringen jetzt und in nächster Zukunft nicht nur ein interessantes, sondern vor allem ein lehrreiches Beispiel für das ganze übrige Reich. Es steht neben Sachsen zwischen Nord- und Süddeutschland und hat hier eine sehr bedeutende historische Aufgabe zu erfüllen.

Dr. A.

Die evang. Kirche Westfalens feiert den Geburtstag ihres General-superintendenten.

Der 70. Geburtstag des Generalsuperintendenten D. Zöllner gestaltete sich zu einem Festtag ganz besonderer Art. Schon am Abend vorher erregte die Beleuchtung des Prinzipal-Marktes und der Fackelzug evangelischer Studenten allgemeines Aufsehen. Vor der Wohnung des Herrn Generalsuperintendenten sprach das Mitglied der Burschenschaft Alleania, Schütte. Er führte aus: Dieser Fackelzug sei insofern von besonderer Art, als es im allgemeinen nur Brauch sei, den akademischen Lehrern eine solche Ehrung zuteil werden zu lassen. Wenn die akademische Jugend in diesem Falle von dem Brauche abweiche, so gelte die Ehrung nicht zuerst dem Amte des Generalsuperintendenten, sondern seiner Persönlichkeit. Die Jugend sei sich bewußt, daß sie Führer brauche. Sie wisse, daß der Generalsuperintendent der evangelischen Kirche, D. Zöllner, ein Führer von besonderer Bedeutung sei. Darum ehre sie ihn als eine Persönlichkeit, der die Jugend gern folge. Der Redner beendete seine außerordent-

lich wirkungsvolle Ansprache, indem er, zu seinen Kommilitonen gewendet, rief: „Roland der Riefe, am Rathaus zu Bremen steht er als Standbild, standhaft und treu“, und mit einem begeistert aufgenommenen „Hoch“. — D. Zöllner gab in seiner Antwort bewegt seiner Freude Ausdruck, daß gerade die Jugend, die der Bürge der Zukunft sei, sich den Blick für ewige Ziele gewahrt habe. Wenn die Strohfeder der Zeit, durch die mancher geblendet würde, niedergebrannt seien, träte der Glanz ewiger Sterne wieder hervor. Wenn der Sprecher der Studentenschaft geäußert habe, daß die Ehrung nicht dem Amt, sondern dem Führer gälte, so wolle er, der alte Führer, der Jugend sagen, daß erst das Amt es sei, welches dem Führer das Verantwortungsbewußtsein spanne und ihn das Ziel recht sehen lasse. Der Fackelzug zeige, daß die Jugend nicht nur ihn oder das Amt ehren wolle, sondern, daß sie sich Verständnis und Blick gewahrt habe für die Werte, die von der Kirche gepflegt werden. Das sei für ihn die Bürgschaft einer besseren Zukunft für Volk und Kirche.

Am Geburtstagsmorgen selbst nahm D. Zöllner die Glückwünsche der Behörden, Verbände der Provinz und der Gesamtkirche sowie der evangelischen Fakultät Münster entgegen. In einer Frische, die von dem Alter des Jubilars nichts vermuten läßt, erwiderte er auf die Fülle der Ansprachen der Deputationen, indem er immer erneut das Wort nahm und dabei das Gesamtgebiet der kirchlichen Aufgaben während seiner Amtszeit und in der Gegenwart umriß.

Die Stadt Münster ehrte ihren Bürger durch eine besondere Adresse, die der Herr Oberbürgermeister überreichte. Nachmittags fand der eigentliche Festakt in der Erlöserkirche statt. Zu ihm waren die Fahnenabteilungen aller evangelischen Männerverbände und Vertreter der kirchlichen Gemeinden der Provinz erschienen. Eine Versammlung von über 1000 Männern. Der Präses der Provinzialsynode, D. Koch, betonte, daß die Bedeutung dieser Versammlung in der Freiwilligkeit bestehe, in der die Männer aus der Provinz zum Geburtstag ihres Generalsuperintendenten nach Münster gefahren seien. Stärker als je läge uns die Pflicht des Zeugnisses und des Dienstes auf in der von Gott durch das Evangelium gestifteten Kirche. An diese Pflicht habe der Herr Generalsuperintendent immer wieder gemahnt. Sie sei heute schwerer geworden, denn es sei eine Zeit, in der eine dritte Konfession atheistischer Art entstanden sei. Sie sei zahlenmäßig im Verhältnis zum Ganzen noch klein, über aber in den Parlamenten und den Gemeindevvertretungen starke Macht aus. In dieser Zeit gelte es erst recht für die Kirche, daß sie den Blick habe, die große Volksnot zu sehen, daß sie ein Herz habe, das die Kräfte des Heils kennt und eine Hand, die sich dem Elend entgegenstreckt. Generalsuperintendent D. Zöllner habe stets auf diese Pflicht der Kirche hingewiesen und es möge der Lohn seiner wegweisenden Führung sein, daß die evangelische Männerwelt ihre Aufgabe erkenne und ihre Pflicht erfüllt.

Im Auftrage des Oberkirchenrates der altpreußischen Union und ebenso des deutsch-evangelischen Kirchenausschusses verlas der geistliche Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates, D. Burghardt aus Berlin, je eine Ehrenurkunde der genannten Behörden, die in ehrenvollster Weise das weit- und tiefgehende Wirken des Generalsuperintendenten hervorhoben.

Mit tiefbewegten Worten dankte D. Zöllner für die ehrenvollen Ehrungen. Dieser Tag sei für ihn die Erfüllung eines alten Wunsches, die evangelische Männerwelt nach dem Vorbild der evangelischen Frauenhilfe sich zu-

fammenschließen zu sehen zu gemeinsamer evangelischer Aktion. Die Ehrung, die ihm zuteil werde, mache ihn tief demütigt, denn es sei Gnade von Gott gewesen, die ihn geführt habe. Es gelte, die Fülle der Aufgaben zu sehen, die sich aus dem Gegensatz von Kapital u. Arbeit, aus der Zerrissenheit der Parteien und aus der schuldhaften Verwirrung der Weltanschauungen und der religiösen Haltung unter den gebildeten und schlichten Gliedern des Volkes ergeben. Durch unsere Zeit gehe der große Bruch. Die einen schauten nur rückwärts und vergäßen die Kräfte der Zukunft zu pflegen, die anderen schauten nur vorwärts und vergäßen unverlierbare Werte der Vergangenheit. Es gäbe wohl noch politische Gruppen, die sich für die Dinge der Kirche einsetzten, aber sie verlangten dafür den Dienst der Kirche. Dem könne die Kirche nicht nachgeben. Wenn sie es tue, verliere sie die Kraft zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe. Diese bestehe darin, und das sei die Aufgabe der evangelisch-kirchlichen Männervereine, über die Partei hinweg die Brücke zu schlagen.

bleibt in euren Gewerkschaften, Vereinen, wo ihr immer seid, aber reicht euch die Hand in der Kirche als ein Volk, das Gott dienen will. Dann gehet hin, wo gehandelt wird um Kapital und Arbeit, wo gekämpft wird zwischen den Parteien, wo um Weltanschauungen getungen wird und gebt euch die Hand als Haushalter Gottes. Die viel haben, indem ihr euch in den Dienst des Ganzen stellt und ihr, die ihr wenig habt, wisset, daß überall Treue gesucht wird. Wenn wir so eintreten in den Dienst, dann schaffen wir Gemeinschaft, die überall nur da möglich ist, wo sie Gemeinschaft in Gott ist. Jede andere Gemeinschaft wird Interessengemeinschaft, oder Zwangsgemeinschaft, wo die Feindschaft der Rotor ist und die Pistole als Beruhigungsmittel dient. Wir wollen Gemeinschaft in Gott, und darum uns einigen in der auf Gottes Wort gegründeten Kirche.“ — Nachvoll durchbrauste zum Schluß von über 1000 Männern gesungen, Martin Luthers unvergängliches Lied „Ein feste Burg ist unser Gott“ die Kirche. Mit Gebet und Segenswunsch schloß der Präses der Provinzialsynode, D. Koch, die wirkungsvolle, den Teilnehmern unvergeßliche Feier.

Das neue Brotgesetz.

Deklarationszwang und variable Preise.

Der Roggenmarkt ist bekanntlich seit langem völlig zerrüttet. Erst in den letzten Tagen konnten die Preise, die scharf rückgängig waren, zum Stillstand gebracht werden. Ihre Ursache haben diese für die Landwirtschaft sehr mißlichen Verhältnisse darin, daß der Roggen „Weltmarkt“ äußerst eng ist. Der Roggenverbrauch beschränkt sich im wesentlichen auf Mittel- und Nordeuropa, wobei als Einfuhrländer fast nur die nördlichen Staaten in Frage kommen. Um diesen schmalen Markt aber — beliefert Deutschland doch etwa die Hälfte des „Weltmarktes“ — wird in guten Erntejahren zwischen den Roggenproduzenten, insbesondere Deutschland und Polen, erbittert gekämpft.

Daraus ergibt sich, daß die Lösung des Roggenproblems von zwei Seiten her in Angriff genommen werden muß. Einmal muß der Preisunterbietung auf dem nördlichen Markt Einhalt getan werden, zum andern ist für die Förderung des Roggenverbrauchs im Inlande Sorge zu tragen.

In der Frage der Roggenausfuhr ist durch ein vor einigen Tagen in Warschau vereinbartes Abkommen zwischen Deutschland und Polen ein vorübergehendes Zustandekommen, dem eine endgültige Verständigung über die Ausschaltung der Konkurrenz fol-

gen soll. Spätestens im Herbst wird die Ernährungsfrage in Aussehen u. a. soll ein

Wie verhält es sich mit der Ernährungsfrage? Die Ernährungsfrage ist eine sehr wichtige Frage, die sich aus dem Gegensatz von Kapital u. Arbeit, aus der Zerrissenheit der Parteien und aus der schuldhaften Verwirrung der Weltanschauungen und der religiösen Haltung unter den gebildeten und schlichten Gliedern des Volkes ergeben. Durch unsere Zeit gehe der große Bruch. Die einen schauten nur rückwärts und vergäßen die Kräfte der Zukunft zu pflegen, die anderen schauten nur vorwärts und vergäßen unverlierbare Werte der Vergangenheit. Es gäbe wohl noch politische Gruppen, die sich für die Dinge der Kirche einsetzten, aber sie verlangten dafür den Dienst der Kirche. Dem könne die Kirche nicht nachgeben. Wenn sie es tue, verliere sie die Kraft zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe. Diese bestehe darin, und das sei die Aufgabe der evangelisch-kirchlichen Männervereine, über die Partei hinweg die Brücke zu schlagen.

Das neue Brotgesetz. Die Ernährungsfrage ist eine sehr wichtige Frage, die sich aus dem Gegensatz von Kapital u. Arbeit, aus der Zerrissenheit der Parteien und aus der schuldhaften Verwirrung der Weltanschauungen und der religiösen Haltung unter den gebildeten und schlichten Gliedern des Volkes ergeben. Durch unsere Zeit gehe der große Bruch. Die einen schauten nur rückwärts und vergäßen die Kräfte der Zukunft zu pflegen, die anderen schauten nur vorwärts und vergäßen unverlierbare Werte der Vergangenheit. Es gäbe wohl noch politische Gruppen, die sich für die Dinge der Kirche einsetzten, aber sie verlangten dafür den Dienst der Kirche. Dem könne die Kirche nicht nachgeben. Wenn sie es tue, verliere sie die Kraft zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe. Diese bestehe darin, und das sei die Aufgabe der evangelisch-kirchlichen Männervereine, über die Partei hinweg die Brücke zu schlagen.

Die Ernährungsfrage ist eine sehr wichtige Frage, die sich aus dem Gegensatz von Kapital u. Arbeit, aus der Zerrissenheit der Parteien und aus der schuldhaften Verwirrung der Weltanschauungen und der religiösen Haltung unter den gebildeten und schlichten Gliedern des Volkes ergeben. Durch unsere Zeit gehe der große Bruch. Die einen schauten nur rückwärts und vergäßen die Kräfte der Zukunft zu pflegen, die anderen schauten nur vorwärts und vergäßen unverlierbare Werte der Vergangenheit. Es gäbe wohl noch politische Gruppen, die sich für die Dinge der Kirche einsetzten, aber sie verlangten dafür den Dienst der Kirche. Dem könne die Kirche nicht nachgeben. Wenn sie es tue, verliere sie die Kraft zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe. Diese bestehe darin, und das sei die Aufgabe der evangelisch-kirchlichen Männervereine, über die Partei hinweg die Brücke zu schlagen.

In der Frage der Roggenausfuhr ist durch ein vor einigen Tagen in Warschau vereinbartes Abkommen zwischen Deutschland und Polen ein vorübergehendes Zustandekommen, dem eine endgültige Verständigung über die Ausschaltung der Konkurrenz fol-

gen soll. Spätestens im Herbst wird die Ernährungsfrage in Aussehen u. a. soll ein

Wie verhält es sich mit der Ernährungsfrage? Die Ernährungsfrage ist eine sehr wichtige Frage, die sich aus dem Gegensatz von Kapital u. Arbeit, aus der Zerrissenheit der Parteien und aus der schuldhaften Verwirrung der Weltanschauungen und der religiösen Haltung unter den gebildeten und schlichten Gliedern des Volkes ergeben. Durch unsere Zeit gehe der große Bruch. Die einen schauten nur rückwärts und vergäßen die Kräfte der Zukunft zu pflegen, die anderen schauten nur vorwärts und vergäßen unverlierbare Werte der Vergangenheit. Es gäbe wohl noch politische Gruppen, die sich für die Dinge der Kirche einsetzten, aber sie verlangten dafür den Dienst der Kirche. Dem könne die Kirche nicht nachgeben. Wenn sie es tue, verliere sie die Kraft zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe. Diese bestehe darin, und das sei die Aufgabe der evangelisch-kirchlichen Männervereine, über die Partei hinweg die Brücke zu schlagen.

Das neue Brotgesetz. Die Ernährungsfrage ist eine sehr wichtige Frage, die sich aus dem Gegensatz von Kapital u. Arbeit, aus der Zerrissenheit der Parteien und aus der schuldhaften Verwirrung der Weltanschauungen und der religiösen Haltung unter den gebildeten und schlichten Gliedern des Volkes ergeben. Durch unsere Zeit gehe der große Bruch. Die einen schauten nur rückwärts und vergäßen die Kräfte der Zukunft zu pflegen, die anderen schauten nur vorwärts und vergäßen unverlierbare Werte der Vergangenheit. Es gäbe wohl noch politische Gruppen, die sich für die Dinge der Kirche einsetzten, aber sie verlangten dafür den Dienst der Kirche. Dem könne die Kirche nicht nachgeben. Wenn sie es tue, verliere sie die Kraft zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe. Diese bestehe darin, und das sei die Aufgabe der evangelisch-kirchlichen Männervereine, über die Partei hinweg die Brücke zu schlagen.

In der Frage der Roggenausfuhr ist durch ein vor einigen Tagen in Warschau vereinbartes Abkommen zwischen Deutschland und Polen ein vorübergehendes Zustandekommen, dem eine endgültige Verständigung über die Ausschaltung der Konkurrenz fol-

gen soll. Spätestens im Herbst wird die Ernährungsfrage in Aussehen u. a. soll ein

Wie verhält es sich mit der Ernährungsfrage? Die Ernährungsfrage ist eine sehr wichtige Frage, die sich aus dem Gegensatz von Kapital u. Arbeit, aus der Zerrissenheit der Parteien und aus der schuldhaften Verwirrung der Weltanschauungen und der religiösen Haltung unter den gebildeten und schlichten Gliedern des Volkes ergeben. Durch unsere Zeit gehe der große Bruch. Die einen schauten nur rückwärts und vergäßen die Kräfte der Zukunft zu pflegen, die anderen schauten nur vorwärts und vergäßen unverlierbare Werte der Vergangenheit. Es gäbe wohl noch politische Gruppen, die sich für die Dinge der Kirche einsetzten, aber sie verlangten dafür den Dienst der Kirche. Dem könne die Kirche nicht nachgeben. Wenn sie es tue, verliere sie die Kraft zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe. Diese bestehe darin, und das sei die Aufgabe der evangelisch-kirchlichen Männervereine, über die Partei hinweg die Brücke zu schlagen.

Das neue Brotgesetz. Die Ernährungsfrage ist eine sehr wichtige Frage, die sich aus dem Gegensatz von Kapital u. Arbeit, aus der Zerrissenheit der Parteien und aus der schuldhaften Verwirrung der Weltanschauungen und der religiösen Haltung unter den gebildeten und schlichten Gliedern des Volkes ergeben. Durch unsere Zeit gehe der große Bruch. Die einen schauten nur rückwärts und vergäßen die Kräfte der Zukunft zu pflegen, die anderen schauten nur vorwärts und vergäßen unverlierbare Werte der Vergangenheit. Es gäbe wohl noch politische Gruppen, die sich für die Dinge der Kirche einsetzten, aber sie verlangten dafür den Dienst der Kirche. Dem könne die Kirche nicht nachgeben. Wenn sie es tue, verliere sie die Kraft zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe. Diese bestehe darin, und das sei die Aufgabe der evangelisch-kirchlichen Männervereine, über die Partei hinweg die Brücke zu schlagen.

In der Frage der Roggenausfuhr ist durch ein vor einigen Tagen in Warschau vereinbartes Abkommen zwischen Deutschland und Polen ein vorübergehendes Zustandekommen, dem eine endgültige Verständigung über die Ausschaltung der Konkurrenz fol-

gen soll. Spätestens im Herbst wird die Ernährungsfrage in Aussehen u. a. soll ein

Wie verhält es sich mit der Ernährungsfrage? Die Ernährungsfrage ist eine sehr wichtige Frage, die sich aus dem Gegensatz von Kapital u. Arbeit, aus der Zerrissenheit der Parteien und aus der schuldhaften Verwirrung der Weltanschauungen und der religiösen Haltung unter den gebildeten und schlichten Gliedern des Volkes ergeben. Durch unsere Zeit gehe der große Bruch. Die einen schauten nur rückwärts und vergäßen die Kräfte der Zukunft zu pflegen, die anderen schauten nur vorwärts und vergäßen unverlierbare Werte der Vergangenheit. Es gäbe wohl noch politische Gruppen, die sich für die Dinge der Kirche einsetzten, aber sie verlangten dafür den Dienst der Kirche. Dem könne die Kirche nicht nachgeben. Wenn sie es tue, verliere sie die Kraft zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe. Diese bestehe darin, und das sei die Aufgabe der evangelisch-kirchlichen Männervereine, über die Partei hinweg die Brücke zu schlagen.

er evangelischer
mache ihn tief
sen, die ihn ge
en zu sehen, die
it, aus der Zer
bhaften Werte
gößen Haltung
ern des Volkes
he Bruch. Die
hen die Reim
n schauten nur
Berte der Ver
Gruppen, die
er sie verlang
me die Kirche
sie die Kraft
Diese bestes
angelisch-kirch
weg die Brüche
einen, wo ihr
der Kirche als
et hin, wo ge
gekämpft wird
uagen gerun
halter Gottes.
ist des Ganzen
daß überall
in den Dienst
nur da mög
de andere Ge
er Zwangsge
die Pistole
Gemeinschaft
Gottes Wort
brauste zum
Martin Lu
st unfer Gott
hloß der Prä
ungswille, den
fez.
Preise.
langem völ
konnten die
im Stillstand
iefe für die
e darin, daß
ng ist. Der
nlichen auf
inführländer
ert kommen.
ert Deutsch
es wird
produzenten,
bittert ge
des Roggen
genommen
scheidung auf
werden, zum
rbruchs im
hr ist durch
nbarsten Ab
ein Vor
üttige For
turrens fol
bha-Figuren
em ununter
monotonen
el des tibe
om mani
os, Amen!")
n Verhält
iche werfen
den wilden
tural begn
sowohl als
fich tief im
Hier heißt
nen den Hum
esen unmit
etreide, Ge
so armfelig
und geld
rücksichts
er wieder zu
wirtschafts
schaftlichen
des Men
rttrag Fild
Wer mehr
et erfahren
hum", das
ld bezogen
r. Wilhelm
eichen und
n insbeson
wieder hin
te Denken
onflikte zu
dr uns den
Diese Kraft
dell! Nur
uns den
S.

gen soll. Hinsichtlich der Förderung des Roggenverbrauchs im Inlande sind vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft verschiedene Maßnahmen in Aussicht genommen oder bereits eingeleitet. U. a. soll ein Roggenbrot-Gesetz erlassen werden.

Wie verlautet, liegt das neue Brotgesetz bereits als Referentenentwurf vor. D. h., das Reichsernährungsministerium hat das Gesetz fertiggestellt, es aber noch nicht dem Reichskabinett zur Genehmigung unterbreitet. Das es sich bei dem neuen Entwurf zunächst also um eine noch nicht abgeschlossene Sache handelt, gilt der Entwurf als vertraulich; seine Grundzüge können aber trotzdem mitgeteilt werden.

Das neue Brotgesetz soll zunächst einen Deklarationszwang bezüglich der Zusammensetzung des Brotes enthalten. Fürherin soll nicht mehr „Brot“ schlechthin, sondern nur noch Weizen-, Roggen- oder Mischbrot veräußert werden. Der zweite Teil des Entwurfs soll die Bestimmung enthalten, daß das Brot nicht mehr so verkauft werden soll, daß der Preis festbleibt und das Gewicht des Brotes je nach der Marktlage geändert wird, sondern das Brot soll in Zukunft mit festem und stets gleichbleibendem Preis gewichtet hergestellt werden, während sich der Preis des Brotes, je nach der Marktlage erhöht oder senkt.

Die wesentlichsten Bestimmungen des neuen Brotgesetzes sind somit Deklarationszwang und variable Preise. Von dem Deklarationszwang erhofft man eine verstärkte Nachfrage nach reinem Roggenbrot. Man geht dabei davon aus, daß die Bevölkerung Deutschlands ein aus reinem Roggenbrot hergestelltes Brot immer noch einem solchen aus reinem Weizenmehl vorzieht. Außerdem sieht man in dem Deklarationszwang gegenüber den jetzigen Verhältnissen infolgedessen einen Fortschritt, als die große Masse der Verbraucher sich augenblicklich über die Gattung des von ihr gekauften Großbrotes völlig im unklaren ist. Ist das jetzige Großbrot doch keineswegs ein regelrechtes Roggenbrot, sondern es ist vielmehr durch Bestandteile aus der billigen Weizenmehlmehle getrefft. In Zukunft soll ein reines Roggenbrot aber nur noch höchstens 5 v. H. Bestandteile aus der Weizenmehlmehle enthalten dürfen.

In landwirtschaftlichen Kreisen begrüßt man diese Neuerung, weil man davon eine stärkere Nachfrage nach Roggen und die Beseitigung der Mißstände erhofft, die bisher zuungunsten der Landwirtschaft bestanden. Im Bäckergewerbe sind die Meinungen geteilt. Während die Münchener Bäckerinnung schon von sich aus dazu übergegangen ist, reines Roggenbrot herzustellen, durch Innungszwang kennlich zu machen und nach Gewicht zu verkaufen, hegt die Berliner Bäckerinnung Bedenken. Der Widerspruch der Berliner Innung richtet sich übrigens nicht so sehr gegen den Deklarationszwang, als gegen die Einführung variabler Preise und fester Gewichte. Bestimmung dafür, so erklärte die Berliner Innung, sei die Befürchtung, daß nach der Neuordnung jeder Bäcker bestrebt sein werde, das Brot möglichst billig anzubieten und, da das Gewicht feststeht, dieses Streben zur Verschlechterung der Brotqualität führen könne.

Die Verbraucherschaft dürfte kaum Einwendungen gegen die Neuordnung erheben, erwachsen ihr doch aus den geplanten Reformen keine neuen Lasten! Es wäre daher zu wünschen, daß bald eine volle Einigung aller Instanzen über das neue Brotgesetz zustandekommt.

„Grüne Woche“ in Berlin.

Eröffnungsansprachen der Landwirtschaftsminister. — Zwang zu verstärktem Roggenverbrauch.

— Berlin, 3. Februar.

In den großen Ausstellungshallen am Kaiserdamm in Berlin wurde in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste die „Grüne Woche“ der Reichshauptstadt eröffnet. Der Leiter der Ausstellung, Hans Järgen von Saxe, sprach einige einleitende Worte und betonte dabei, von den Landwirtschaftsministern erwarte man, daß sie auch das Verständnis der großstädtischen Bevölkerung für die ernste Lage der Landwirtschaft fördern. Die Festansprachen hielten die Landwirtschaftsminister des Reichs und Preußens. An die Feier schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung.

Reichsernährungsminister Dietrich

behandelte in seiner Rede die Gesamtlage der Landwirtschaft und stellte fest, daß die deutsche Landwirtschaft sich noch immer in einer gefährlichen Krisis befindet. Wenn auch die Verschuldung der Landwirtschaft zu einem gewissen Stillstand gekommen sei, so sei doch die Finanzlage unerschwinglich. Auch die Zollaktionen des vergangenen Jahres hätten sich bis zur Stunde noch nicht voll ausgewirkt, weil sie nur nach und nach in Kraft gesetzt werden könnten.

Minister Dietrich schilderte dann die Lage auf dem Weizen- und Roggenmarkt und fuhr fort, man müsse Wege suchen, um den Inlandsverbrauch an Roggen zu vermehren. Die Reichsregierung wisse, was auf dem Spiele stehe und sie sei sich auch darüber klar, daß der Osten vorwiegend auf den Ertrag des Roggens und Kartoffelanbaues angewiesen ist. Die deutsche Bevölkerung müsse deshalb unbedingt zu einem stärkeren Roggenverbrauch veranlaßt werden. Der jetzige Zustand, daß bei guter Ernte eine halbe Million Tonnen oder noch mehr Roggen ins Ausland zu verschleudern und gleichzeitig für fünf oder sechshundert Millionen Mark Weizen einzuführen, sei unhaltbar.

Zum Schluß seiner Ausführungen äußerte sich der Minister noch über die Notwendigkeit von Entwässerungsarbeiten, wie ja auch die „Grüne Woche“ diesesmal im Dienste der Meliorationen stehe. Der Schlußsatz seiner Rede lautete: „Wenn uns auch vieles wirtschaftlich, parteipolitisch und weltanschaulich trennt, unser aller Ziel muß die gemeinsame Arbeit zur Wiederherstellung der Macht, Größe und Freiheit unserer Heimat sein.“

Die Grüße der preussischen Regierung überbrachte Staatsminister Dr. Steiger,

der u. a. darauf hinwies, Endzweck aller Meliorationen sei, Deutschland von der Einfuhr ausländischer Lebensmittel, die das deutsche Volkvermögen alljährlich um annähernd 4 Milliarden Mark verringere, unabhängig zu machen. Bisher sei es noch nicht an

kommen, große Teile (etwa 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands) voll ertragsfähig zu machen. Auch harren noch mehrere Millionen Seklar Debländereien, die etwa 13 Prozent jener Fläche ausmachen, der Erschließung.

Der Minister erwähnte dann die „Lehrschau Holz“, die in erschöpfender Weise die mannigfachen Verwendungsmöglichkeiten des so überaus wichtigen Werkstoffes Holz darlegt.

Für die Stadt Berlin sprach Bürgermeister Scholz, der insbesondere noch die Entwicklung der Landwirtschaftsmessen behandelte.

Rundgang durch die Ausstellung

— Berlin, 3. Februar.

Ein Rundgang durch die Ausstellungshallen der 5. „Grünen Woche“ macht einem so recht die Bedeutung der Landwirtschaft für die gesamte deutsche Volkswirtschaft klar. Am Kopfe der Halle 1 nimmt der Besucher ein in architektonischer Gestaltung und Farbe geschmackvoll errichteter Ehrenhof auf. In seinem Mittelpunkt hat das riesenmodell eines Fluglaufes Ausstellung gefunden. Diese gelungene Darstellung zeigt anschaulich, wie aus einem kleinen Gebirgsbach ein Strom wird, der sich, von Menschenhand in seinem Lauf reguliert, ins Meer ergießt, nicht ohne zuvor produktive Arbeit mannigfaltiger Art geleistet zu haben.

Man betritt sodann die Landeskultur-Ausstellung, deren erste Koje der Geschichte der Landeskultur gewidmet ist. In der sich anschließenden volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Abteilung wird u. a. auf die Bedeutung der für Meliorationen gemachten Aufwendung zur Hebung des Arbeitsmarktes hingewiesen.

Sehr interessantes Material birgt auch die der Klimatologie und Wettervorhersage gewidmete Gruppe, in deren Mittelpunkt eine in nahezu natürlichen Ausmaßen gehaltene meteorologische Beobachtungsstation Ausstellung gefunden hat. Ferner findet man in einer Koje, die der Landgewinnung an den deutschen Küsten gewidmet ist, interessanten Aufschluß über die Erzeugnisse der modernen Technik, um das in den Wellen begrabene Land dem Meere wieder abzurufen.

Im Anschluß an diese große umfassende Landeskultur-Ausstellung hat in dieser Halle die Industrie Aufnahme gefunden. Wie alljährlich hat auch diesmal in der Abteilung Milch ein großer Milch-, Butter- und Käse-Wettbewerb stattgefunden. Auffallend ist die erhebliche Zunahme der zur Ausstellung gekommenen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte. Auch die Motoren- und Trecker-Industrie ist stark vertreten. Die Stahlindustrie bietet auf einem größeren Gemeinschaftsstand einen Ueberblick über die vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten des Stahls in der Landwirtschaft.

In der Halle 2 hat eine an 10 000 Personen Sitzplatz bietende moderne Zuschauertribüne Ausstellung gefunden. Hier wird sich in geschmackvollem Rahmen das glanzvolle Programm des „Internationalen Reit- und Fahrturniers“ ab.

Es folgt dann das Freigelände, auf dem landwirtschaftliche Maschinen usw. im Betrieb gezeigt werden. Beim Betreten der Halle 3 greßt den Besucher ein ungemein fesselndes Bild. Hier hat die interessante Jagd-Ausstellung: „Der deutsche Jäger im Ausland“ Aufnahme gefunden. Seltene Jagdtrophäen dreier Jahrzehnte aus allen Erdteilen geben einen Einblick in das gesamte Expeditionswesen, zeigen, wie Tierschutz und Aufzug weidgerecht betrieben werden und lassen erkennen, mit welchen Schwierigkeiten die Farmer draußen in der Welt zu kämpfen haben. Ein modernes

afrikanisches Jagdlager

ist naturgetreu aufgebaut. Die Fülle des Begeizten wird zu einer Gefühlsregung der Darstellung durch auserlesene zur Vorführung gelangende Jagdfilme.

In der sich anschließenden Halle empfangen den Besucher schmutze Wasserfahrzeuge aller Art.

Sodann folgt die vom Verein Deutscher Ingenieure betreute große „Lehrschau Holz“, die einen Ueberblick über den heutigen Stand der Holzverwendung und -Verwertung gibt. Weiterhin sehen wir wie Möbel entstehen und wie die künstliche Holzverarbeitung vor sich geht.

In Halle 4 wird bis zum 4. Februar eine überaus reich bestückte Geflügel- und -Ausstellung veranstaltet. Auch hieran gliedert sich ein Industriezweig, der die modernsten Apparate und Einrichtungen für Geflügelzucht usw. zeigt, darunter Riesentrümmern für 5000 Eier. Die Halle 5 endlich ist der ländlichen Hauswirtschaft und Elektrowirtschaft gewidmet. Sie bietet dem Besucher ein abgerundetes Bild von der Verwendung der Elektrizität in der Landwirtschaft und ländlichen Hauswirtschaft.

Anleihe auf 1000 Jahre.

Abschluß der Siemens-Verhandlungen mit Amerika. Teilnahme der General Electric.

— Berlin, 3. Februar.

Die von der Siemens u. Halske A. G. mit dem amerikanischen Vanhause Dillon Reed u. Co. geführten Anleiheverhandlungen sind zum Abschluß gekommen. Die Einzelheiten der Abmachungen bilden in mehr als einer Hinsicht eine Sensation. Wenn man schon in den letzten Wochen an den Börsen von recht phantastischen Mutmaßungen über diese Anleihe hören konnte, so sind jetzt selbst diese kühnen Kombinationen durch die Wirklichkeit noch übertroffen worden!

Das Interessanteste an dem Anleihegeschäft ist zunächst, daß die neue Anleihe endgültig erst nach 1000 Jahren, also im Jahre 2930 fällig wird! Nicht minder bedeutsam ist aber die Tatsache, daß ein Teil des Kredites von der größten amerikanischen Elektrizitätsgesellschaft, der General Electric Owen Young, des Vorstehenden der Reparations-Sachverständigen-Konferenz, zur Verfügung gestellt wird. Da Owen Young vor einigen Monaten aber auch ein stattliches Ministerialbeamt der A. G. S., der großen Rivalin von

Siemens, übernommen hat, glaubt man, daß das Anleihegeschäft noch bedeutsame Wirkungen ausüben wird.

Für den deutschen Kredit bedeutet die Siemens-Anleihe ein starkes Plus. Bedauerlich bleibt es trotzdem, daß große deutsche Werke wegen unserer Kapitalnot immer wieder Auslandsgeld in Anspruch nehmen müssen. Allerdings haben sich auch schon andere Länder in dieser Lage befunden, und wie es ihnen gelungen ist, nach und nach der Kapitalnot wieder Herr zu werden, so muß auch die deutsche Wirtschaft durch eiserne Tatkraft und unterstützt von einer sparsamen öffentlichen Finanzwirtschaft, wieder der ausländischen Kräfte lebhaft werden.

Die Anleihe, die der Siemens-Gesellschaft insgesamt 150 Millionen Mark zuzuführen wird, zerfällt in einen deutschen und einen amerikanischen Teil. Der amerikanische Teil — der auch in Holland ausgelegt wird, — lautet nominell auf 14 Millionen Dollar, der Zeichnungskurs beträgt 233 Prozent, d. h. für 100 Mark Schuldverschreibung müssen 233 Mark gezahlt werden. Der ausmachende Betrag beläuft sich also auf 130 Millionen Mark. Der deutsche Teil stellt sich auf 10 Millionen Mark und wird den Aktionären der Gesellschaft zu 175 Prozent und im Verhältnis von 10:1 angeboten. Verzinst wird die Anleihe in gleicher Höhe wie die Aktien, doch muß der Zinssatz mindestens 6 v. H. betragen. Die Gläubiger haben nach Ablauf von 75 Jahren bis zur endgültigen Fälligkeit der Anleihe im Jahre 2930 das Recht, zum Nennwert zu kündigen.

199 000 neue Wohnungen.

1929 in Preußen gebaut. — Vorerst keine Mietererhöhungen. — Mißtrauensantrag gegen Braun.

Der Preussische Landtag setzte heute die allgemeine Aussprache zum Wohlfahrtsauschuss fort. Staatsminister Dr. Hirtzler gab einen Ueberblick über den Stand des Wohnungswesens in Preußen. Kurz vor Eröffnung der Sitzung war von der Wirtschaftspartei mit Unterstützung der Deutschen Fraktion aus Anlaß der Neubesehung des Kultusministeriums ein Mißtrauensantrag gegen Ministerpräsident Braun eingebracht worden. Der Antrag wurde mit der Befürchtung christlicher Interessen in der Frage der Jugend-erziehung begründet.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung nahm der Preussische Landtag eine Reihe von Anträgen an. Diese fordern: Aufrechterhaltung des Betriebes der Unionsbahnen in Königsberg, Verlängerung der Dampferkredite auf 18 Monate und Erledigung der Wingerträge. Dann sprach

Wohlfahrtsminister Dr. Hirtzler

über Wohnungsbaufragen. Er erklärte u. a., daß 1929 etwa 199 000 neue Wohnungen erstellt worden seien, was gegenüber dem Vorjahre einem Mehr von 13 000 entspräche. Diese Leistung sei nur unter äußerster Inanspruchnahme von Krediten aller Art möglich gewesen, und es lasse sich noch nicht übersehen, wie sich die Bautätigkeit im Jahre 1930 gestalten wird. Die preussische Hauszinssteuerordnung werde um ein weiteres Jahr bis zum 31. März 1931 verlängert werden müssen, da das Gebäudeverschuldungsgesetz voraussichtlich nicht mehr bis zum 1. April verabschiedet werden könne. Die Veranlassung des Wohnungsbaus mit Hypotheken sei mit dem rapide abwärts gehenden Pfandbriefabsatz schlechter geworden. Der Minister erklärte, daß seine Bemühungen um eine Verringerung des Steuerabzuges vom Kapitalertrage für die festverzinslichen Werte, von der er eine Belebung des inländischen und einen Aufschwung vom ausländischen Geldmarkt erwarte, leider bis heute ergebnislos gewesen seien.

Es wäre auch an der Zeit, daß das Reich die Mittel der sozialen Versicherungsträger, die es zur Behebung seiner Finanznöte in Anspruch genommen habe, wieder frei gäbe. Auf diese Weise könnten rund 165 Millionen jährlich für den Wohnungsbau gewonnen werden. Der Minister bezeichnete die Ansicht als unzutreffend, daß der gemeinnützige Wohnungsbau

bei der Vergebung staatlicher Mittel bevorzugt werde. Es sei auch nicht richtig, daß man behauptet, daß zahlreiche Wohnungsgesellschaften zusammengebrochen seien. Der Staat sei an dreizehn gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften beteiligt, die seit Jahren ausgezeichnet arbeiten.

Wenn eine allgemeine Erhöhung der gesetzlichen Mieten für ganz Preußen eintreten würde, ließe sich noch nicht mit Sicherheit absehen. Es sei daher erforderlich gewesen, zunächst wenigstens örtlich dem Vermieter einen Anreiz für die ihn treffenden erhöhten Gemeindeforderungen zu gewähren. Andere deutsche Länder waren damit bereits vorgegangen.

Der Minister wandte sich dann gegen eine Verwirklichung des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Antrages, der die Höhe der gesetzlichen Miete durch Reichsgesetz bestimmen will. Abgesehen davon, daß solche Regelung gegen die Reichsverfassung verstößen würde, würde sie auch allen praktischen Erfordernissen widersprechen, da die Voraussetzungen für die Höhe der Mieten in den einzelnen Ländern ganz verschieden seien. Mieterzuschüsse seien bei dem augenblicklichen Stand des Wohnungsmarktes noch unentbehrlich.

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

Die völlige Beseitigung der Zwangswirtschaft, vor allem die Aufhebung des Mieterschutzes, werde erst erfolgen können, wenn die Mieten der Miethäuser und die der Wohnbauwohnungen dem allgemeinen Preisstand auf einer für das Einkommen der breiten Masse erträglichen Höhe angenähert sind und wenn das Angebot von Wohnungen der Nachfrage einigermaßen entspreche. Ein gewisser Vorrat von Wohnungen sei zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage erforderlich. Immerhin werde ein vorläufiger Abbau einzelner Teile der Zwangswirtschaft mit der Zeit möglich sein. Am längsten werde die Zwangswirtschaft, vor allem ein sozialer Mieterschutz, bei den Wohnungen der minderbemittelten Bevölkerungsklassen aufrechterhalten sein.

Abg. Meyer-Söltingen (Sog.) bat die Regierung, mit den Hypothekenbanken zu verhandeln, um die einkommenden Gelder restlos dem Wohnungsneubau zuzuführen. Die sicherste Grundlage zum Wohnungsbau sei immer noch die Hauszinssteuer.

Abg. Howe (Dnt.) erklärte, die zehnjährige Zwangswirtschaft habe dem Wohnungswesen schweren Schaden zugefügt. Er begründete Anträge auf Aufhebung der Zwangswirtschaft und Beseitigung der durch den Zwangsgenerat den Mietern in staatlichen und kommunalen Dienstgebäuden auferlegten Bestimmungen.

Abg. Hebborn (Rr.) betonte, auch das Zentrum sei nicht für eine Verwerfung der Zwangswirtschaft. Abg. Dr. Neumann-Krohnau (D. Vp.) erklärte, sämtliche Gemeinden unter 8000 Einwohnern brauchten keine Wohnungsmangelgesetzgebung mehr.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Meuß (Wirtschaftsp.) und Wonsid (D. Frakt.) vertagte das Haus.

Die „Revolution“ in Schuchthaus.

Die politische Polizei der Reichshauptstadt hat in der Gastwirtschaft König in der Langestraße eine Versammlung von 78 Funktionären der kommunistischen Partei verhaftet, die anscheinend damit beschäftigt war, Pläne für die verbotenen Februar-Demonstrationen auszuarbeiten. Das schnelle Vorgehen der Polizei führte zu einer völligen Ueberrumpelung der Funktionäre. Es wurden mehrere Dolche, Schlagringe und Totschläger beschlagnahmt. 75 der Zwangsgehafteten wurden in Schuchthaus behalten.

Unruhen in Berlin.

Der für den Sonnabend in Berlin von den Kommunisten angekündigte Beginn der „Weltrevolution“ ist glatt verunglückt.

Das Straßenbild Berlins unterschied sich am Nachmittag auch in denjenigen Gegenden, in denen man in erster Linie mit kommunistischen Demonstrationen trotz des Verbots rechnen mußte, in keiner Weise von dem an anderen Tagen üblichen.

In den Abendstunden haben sich aber Zusammenstöße in allen Stadtteilen Berlins ereignet. Die Kommunisten verfolgten ihre alte Taktik und versuchten, sich immer in dunklen Straßenzügen zusammenzurotten, um dann plötzlich unter Johlen und Schreien in belebtere Straßenzüge einzufallen.

Der Sicherheitsdienst der Polizei war aber so gut organisiert, daß fast alle Ansammlungen im Keim erstickt werden konnten. Von der Schußwaffe machte die Polizei nur in einem Falle Gebrauch. Im ganzen wurden zehn Polizeibeamte durch Steinwürfe, Messerschläge usw. verletzt. 26 Personen wurden zwangsgeführt.

Versuchter Barrikadenbau.

In der Potsdamer Straße in Charlottenburg wurden einzelne Polizeibeamte aus einer großen Ansammlung heraus mit Steinen beworfen. Die Demonstrationen ergriffen aber, nachdem die Beamten zwei Schreckschüsse abgegeben hatten, die Flucht.

In der Prinz-Bandier-Straße in Neukölln löschten junge Burschen zehn Straßenlampen, worauf hier versucht wurde, aus Ritten, Steinen, Müll und Müllkästen eine Straßensperre zu errichten. Auch dieser Versuch wurde im Keime erstickt. Dabei wurden drei Personen zwangsgeführt, von denen sich zwei im Besitz von Schußwaffen befanden. Die Straßenlampen wurden von den Polizeibeamten sofort wieder angesteckt.

In der Wallstraße in Charlottenburg führten Demonstranten einen aus dem Hofe einer Expeditionsfirma herausgezogenen leeren Möbelwagen um. Dieses Hindernis wurde sofort beseitigt. Weiter zertrümmerten die Demonstranten in der Wallstraße die Beleuchtungskörper von 15 Straßenlaternen.

Fahnenträger mit Pistole.

Die Polizei mußte an manchen Stellen von dem Gummiknüppel Gebrauch machen, um die Demonstranten auseinanderzutreiben, so in der Turmstraße, wo sich die zerstreuten Demonstrationsteilnehmer dann in der Emdener Straße und an der Ecke der Beusselstraße wieder erneut sammelten, ferner am Weddingplatz, wo ein mit einer Pistole ausgerüsteter Fahnenträger festgenommen wurde, am Friedrich-Karl-Platz in Charlottenburg, in der Maziensstraße in Schöneberg und an weiteren Stellen der Stadt.

Ruhe in Hamburg.

Der sogenannte „Hungermarsch nach Hamburg“ ist auch gescheitert. Es dürfte nur vereinzelten Hungermärschalern gegliedert sein, nach Hamburg durchzukommen. Die Chaussees der Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover werden auf das strengste bewacht, und an vielen Orten sind Gruppen und Einzelpersonen aufgehalten und an ihren Ausgangsort zurückbefördert worden.

Nach dem Polizeibericht über die Vorgänge am Sonnabend konnten schwache Versuche der Kommunisten, in der inneren Stadt und in einigen äußeren Stadtteilen Demonstrationszüge zu bilden, von der Polizei im Keime erstickt werden. Von der Schußwaffe wurde nicht Gebrauch gemacht. Es wurden in ganz Hamburg 10 Lampen ausgedreht, die nach kurzer Zeit von den Gaswerken wieder in Betrieb gesetzt wurden. Die Läden konnten in ihren Stammkneipen festgenommen werden. Aus einigen Kommunistenlokalen wurden insgesamt 100 Personen festgenommen. Zur Zeit herrscht vollkommene Ruhe.

50 Festnahmen in Lübeck.

In Lübeck verhaftete eine ganze Anzahl Kommunisten mit ihren Parteigenossen aus der Umgegend, auf verschiedenen Umwegen nach Hamburg zu gelangen. Sie wurden jedoch von der Polizei angehalten und wegen Ueberschreitung des Demonstrationsverbots der Strafanstalt Lauer-Hof zugeführt. Es handelt sich um etwa 50 Personen.

Krankenwärter

Angebote mit Zeugnisabschriften, Empfehlungen und Gehaltsanfragen (neben freier Station) möglichst mit Lichtbild an Paul Gerhardt-Stift, Wittenberg, Bez. Halle.

Gärtner

Christl. gesinnter, unverheirateter, in allen Arbeiten erfahren. Gartenfläche 122 ar, wovon 26 ar Ziergarten. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Gehaltsanfragen (bei freier Station) an Paul Gerhardt-Stift, Wittenberg, Bez. Halle.

Lehrerin

für die dreiklassige Volksschule der deutschen evangel. Marienkirche in London gesucht. Eintritt sofort erwünscht. Meldungen mit Zeugnis an

Pastor Fr. Wehrhan, 19, Beverley Rd., London SW. 13.

Kalbskneulen

(Hinterkeulen) in bekannter Güte, täglich frisch, amtlich gestempelt, RM. 9.— für netto 9 Pfd. inkl. Porto und Verpackung frei Haus, Nachnahme. A. P. Christophersen, Böllund 3, Schl.-Hofst.

Rundschau im Auslande.

Der neue spanische Ministerpräsident, General Berenguer, erklärte, die Diktatur sei zu Ende, er werde verfassungsmäßige Zustände wiederherstellen. Die unter Primo de Rivera Verurteilten sollen begnadigt werden.

Das englische Postministerium hat im letzten Jahre einen Ueberschuß von 180 Millionen Mark erzielt.

Rußland entsendet eine Eisenbahnkommission zu Studienzwecken nach Deutschland; ferner sollen England und Amerika besucht werden.

Macdonald für den Friedenspreis vorgeschlagen.

Die schwedische Sozialdemokratie hat den englischen Ministerpräsidenten Macdonald für den diesjährigen Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Als Begründung wird seine Haltung im Kriege und seine Arbeit für den Frieden angeführt.

Letzte Meldungen.

Rund 10 Millionen Faschisten in Italien.

Rom, 3. Februar. Am Sonnabend, dem siebenten Jahrestag der Gründung der faschistischen Miliz, der in ganz Italien feierlich begangen wurde, wird von den Blättern eine Uebersicht über die Kräfte veröffentlicht, auf die sich die faschistische Herrschaft stützt. Danach verfügt die Partei über rund 1,2 Millionen eingeschriebene männliche und weibliche Mitglieder, das faschistische Jugendwerk umfaßt etwa zwei Millionen Knaben und Mädchen, die Arbeitgeberverbände weisen rund 900 000 Mitglieder, die Arbeitnehmerverbände rund 2,4 Millionen Mitglieder auf, die faschistischen Beamtenorganisationen zählen 600 000 Mitglieder, das Feiertagswerk weist rund 1,5 Millionen und die Sportverbände 625 000 Mitglieder auf. Im ganzen errechnet die Uebersicht rund 9,8 Millionen in den erwähnten Organisationen erfahrener Anhänger des Faschismus.

Der Urlaub des Oberbürgermeisters Böh verlängert.

Berlin, 3. Februar. Der Oberbürgermeister hat auf Ersuchen des Oberbürgermeisters Böh dessen Urlaub vorläufig bis zur Erledigung des an die städtischen Körperschaften gerichteten Antrages auf Ausscheiden aus den städtischen Diensten verlängert.

Der Landeshauptmann von Oberschlesien gestorben.

Katowice, 3. Februar. Hier verstarb der Landeshauptmann der Provinz Oberschlesien, Dr. h. c. Hans Biontel, der bereits längere Zeit erkrankt war, im 55. Lebensjahre.

Die Madrider Universität von den Truppen geräumt.

Madrid, 3. Februar. In Verlauf eines Abkommens zwischen dem General Berenguer und den Spitzen der spanischen Universitäten wurde die Madrider Universität wieder eröffnet. Die Truppen, die das Gebäude bewachten, erhielten Befehl, in ihre Kasernen zurückzukehren.

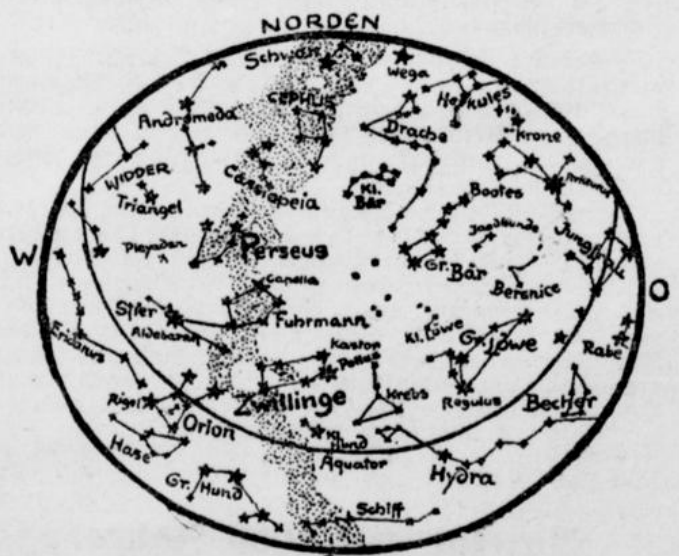
Tardieu ist zufrieden.

Tardieu über Haag und London.

Bei seiner Rückfahrt nach Paris erklärte der französische Ministerpräsident Tardieu in Calais vor den Spitzen der Behörden, der hauptsächlichste Wert des Haager Abkommens liege in der Gewissheit, daß der Youngplan eine lebendige Wirklichkeit geworden sei, indem man, ohne einen deutschen Wettbewerb auf dem internationalen Markt zu befürchten, die Mobilisierung der ersten Tranche vornehmen könne.

Der Sternhimmel im Februar.

Beobachtungszeit bei Monatsbeginn etwa 21 Uhr. Norden: Der Große Bär steht als Wagen immer noch aufrecht am Horizont. Links von ihm der Polarstern im Kleinen Wagen und in der Milchstraße Cassiopeia. Im Nordosten geht Bootes auf.



Osten: Hier herrscht der Große Löwe. Im Südosten dehnt sich die Wasserschlange aus, darüber der schwachleuchtende Krebs.

Süden: Dort sind die schönsten Wintersternbilder verjammelt. Nicht am Zenit Fuhrmann mit Kapella. Am linken Rande der Milchstraße Zwillinge mit Kastor und Pollux und darunter der Kleine Hund mit Prokyon. Rechts vom Meridian und am Rande der Milchstraße der Stier mit Aldebaran und Orion mit dem hellen Stern Betelgeuze und Rigel. Nicht weit vom Südpunkt funkelt der strahlende Sirius, der hellste Fixstern des Himmels.

Westen: Es gehen unter Pegasus und im Südwesten Balfisk. Anschließend an Pegasus im Osten Andromeda und Perseus.

Planeten: Merkur kann am 5. Februar am Morgenhimmel vor Sonnenaufgang etwa 11 Minuten lang beobachtet werden. Mitte des Monats wird er unsichtbar. Venus und Mars bleiben wie im Januar unseren Augen verborgen. Jupiter, im Stier läßt sich zunächst 9 1/2 Stunden nach Sonnenuntergang sehen, Ende Februar nur noch 7 Stunden 20 Minuten. Beim Saturn nimmt die Dauer der Sichtbarkeit zu und beträgt Ende Februar gegen 1 1/2 Stunden, bei Monatsbeginn rund 1/2 Stunde. Er läuft im Schützen.

Mond: Am 6. erstes Viertel, am 13. Vollmond, am 20. letztes Viertel und am 28. Neumond.

Sonne: Die Sonne steigt zur Mittagszeit etwa 18 Sonnenbreiten am Himmel empor. Aufgang am 1. um 7.50 Uhr (Berlin), am 15. um 7 1/2 Uhr, Untergänge etwa 16.50 und 17.15 Uhr, mitteleuropäische Zeit. Die Tage werden in diesem Monat 1 1/4 Stunden länger. Die Sonne hat von der Erde eine mittlere Entfernung von 150 Millionen Kilometer. Bekanntlich bewegt sich die Erde in Gestalt einer Ellipse um die Sonne und steht ihr Anfang Januar am nächsten und Anfang Juli am entferntesten.

Aufwertung der alten Sparguthaben.

Der Vieselfelder Sparerbund schreibt:

Auf die Eingabe des Sparerbundes, Ortsgruppe Viesfeld, e. V., an die Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember 1929 — betreffend höhere Aufwertung der Spareinlagen — erfolgte laut Beschluß des Vorstandes der Stadt- und Kreissparkasse Viesfeld folgende Eingabe an den Herrn Preussischen Innenminister:

Viesfeld, den 27. Januar 1930.

An den Herrn Preussischen Innenminister, Berlin, durch die Hand des Herrn Regierungspräsidenten, Minden.

Gesuch wegen Erhöhung des Prozentsatzes für die Aufwertung der Spareinlagen.

Durch die Inflation geschädigte Sparer haben uns wiederholt ersucht, bei dem Herrn Preussischen Innenminister eine Erhöhung des Prozentsatzes für die Aufwertung der Spareinlagen zu beantragen. Auch in letzter Zeit ist dies wieder geschehen unter Berufung auf die höhere Aufwertung der Spareinlagen im benachbarten Lande Lippe-Deimold. Es wird auch immer wieder auf die Ungerechtigkeit verwiesen, daß die Sparer ihre Spareinlagen nur mit 15 Prozent aufgewertet erhalten, während sie als Hypothekenschuldner den Sparkassen 25 Prozent aufwerten müssen. Nachdem nunmehr die Aufwertungsbilanzen vorliegen und anzunehmen ist, daß bei der Mehrzahl der Preussischen Sparkassen die Möglichkeit einer höheren Aufwertung besteht, bitten wir den Herrn Preussischen Innenminister, den Prozentsatz für die Aufwertung der Spareinlagen gleichzusetzen mit dem für Hypotheken, auf alle Fälle jedoch eine Erhöhung des Prozentsatzes vorzunehmen.

Die Vorstände der Stadtparkasse Viesfeld, Kreissparkasse Viesfeld.

Ein ehrliches Wort.

Eine deutsch-polnische Monatschrift meldet: Beim Besuche des schwedischen Königs Gustav in Spanien dankte der spanische Kardinalprimas dem Könige für die Toleranz, deren sich die Katholiken in Schweden erfreuen dürfen. Der König erwiderte nur: „Ich bedaure, von meinen Glaubensgenossen in Spanien nicht dasselbe sagen zu können.“

Bethel.

— Zum Missionsnäh am Mittwoch, 5. Febr., nachmittags 4 1/2 Uhr im Großen Saal ladet herzlich ein und bittet um rege Beteiligung L. Trittelwig.

Anzeigen aus Bethel.

— Trockenes Anmachholz hat abzugeben Morija.

Wohnbedarf
bei Kusten, Kaiserkeit, 125 070
Kattarrh

Billige Hauswäsche

Zum Verkauf kommen ca. 18000 weiße Mehlsäcke Stück nur 79 Pfg., weil ungeliebt geblieben. Die Säcke sind neu, fehlerlos, ungenutzt und ohne Farbaufdruck und eignen sich vorzüglich für Leib- und Hauswäsche, Laken, Vorhänge usw. Versand direkt an Private nicht unter 8-12 Stk., 30-60 Stk. in einer Bahn-länge franco. Nachh. in Qualität. Garantie: Rücken. Wllh. Harries, Bremen 46, Hemmstraße 156.

Stellengefunde u. Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg

Südamerik. Maté Paragaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn

Sangerhausen, Hindenburgstraße

Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

Gallenstein-Tee

Eine Monatskur Nachnahme 5,10 Mk. Hervorragendes Vorbeugungsmittel bei chronischen Gallensteinkrankungen.

Apotheke, Christiansburg am Biber.

Der deutsche Rundfunk hat seinen Programmteil wieder um 8 Seiten erweitert!

nach wie vor die Zeitschrift mit dem ausführlichsten Funkprogramm der Welt!

80 Seiten für 50 Pf. Monatsbezug RM 2.— Bestellen Sie beim Postamt oder Buchhandlung Probeheft umsonst v. Verlag Berlin N 24